

Volke-Zeitung

Dreißigste Jahrgang.

werden d. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Bezugspreis

Im Falle monatlich bei zweimaliger Anlieferung, 20 Mark, vierteljährlich 60 Mark, durch die Post 60 Mark, einschließlich Postgebühren. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. In allen Zeitungsverkäufen unter Angabe der Zeitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt., Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abt., Nr. 11333, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 358.

Halle, Sonnabend, den 2. August.

1919.

Preussische Vorschläge an Polen.

WTB. Berlin, den 1. August. Der preussische Minister des Innern hat an den obersten polnischen Beamten in Polen durch französische Bevollmächtigte den Entwurf eines Vertrages über die Internierung von Gefangenen über die deutsche und die preussische Regierung bereit, alle diejenigen, die außerhalb eines gerichtlichen Verfahrens aus Anlaß der Erhebung verhaftet worden sind, einschließlich der mit der Waffe in der Hand Gefangenen in kurz aneinanderfolgenden Staffeln schrittweise zu entlassen, falls volle Gegenseitigkeit unter beiderseitiger Kontrolle angenommen und angeordnet wird. Von deutscher und nach zuverlässigen Nachrichten auch von polnischer Seite sind bereits Entlassungen in großen Umfang angeordnet worden. Ueber Annahmeforderungen werden Strafkraften aus Anlaß der polnischen Erhebung von Gefangenen in manchen von der polnischen Regierung zu verhandeln bereit. Soweit Gegenseitigkeit verbürgt wird, können die im gerichtlichen Strafverfahren Verurteilten in Freiheit gesetzt werden. Schließlich haben die deutsche und die preussische Regierung vorgeschlagen, die Vollstreckung von Todesstrafen auf beiden Seiten sofort anzuflehen.

Eine Rede Paderewskis.

WTB. Warschau, 1. August. Im polnischen Parlament gab Paderewski Erklärungen über den Friedensvertrag mit Deutschland ab und teilte mit, daß Polen durch Abänderung des Vertrages 1000 Quadratkilometer verliere, aber 60 000 Polen gewinne. Er führte weiter über die Rechte der nationalen Minderheiten aus, daß Polen von selbst den Minderheiten Rechte zugesichert hätte. Die Internationalisierung der Weichsel konnte nicht verhindert werden, weil die Entente alle Flüsse der Welt internationalisieren wollte. Er wandte sich dann gegen die pessimistische Beurteilung der polnischen Politik und sagte: Wir haben der Entente nicht viel geholfen, sondern die polnischen Flüchtlinge, denen man bisher in Polen wenig Dank wisse. Er schloß: Wir brauchen hunderttausend Mann und gute Beziehungen mit allen unseren Nachbarn. Wir wollen keinen Krieg und wünschen uns Frieden nach oben, damit wir dasheim am Wiederaufbau arbeiten können.

Wichtige Staatspapiere gestohlen.

WTB. Frankfurt a. M., 2. Aug. (Eigene Drahtnachricht.) Auf der Fahrt von Hamburg nach Frankfurt a. M. wurden zwei Mitglieder der Weichselkommission im überfüllten Zug die Koffer, die sie zum mitreisenden Soldaten zur Verfügung übergeben hatten, von diesen gestohlen. Die Koffer enthielten außer Formularen mit dem Stempel der Kommission 'Walo' sehr wichtige Papiere und Dokumente über die Küllieferung von Maschinen an Belgien und Frankreich.

Internationaler Gewerkschaftskongress.

WTB. Antwerpen, 2. August. Auf der gestrigen Nachttagung des Kongresses legte die amerikanische, warum die deutsche und die österreichische Delegation, sich an der Vorbereitung des Kongresses nicht beteiligen wollten, trotzdem die Engländer Salford oder Huerbe eine Stelle im Bureau angeboten hätten. Der Vorsitzende stellte fest, daß Begien nicht um das Wort bitte und daß daraus ersiehend angenommen werden müsse, daß Begien der Ansicht ist, daß die Gründe dafür von ihm bereits dargelegt worden seien. (Weisfall der deutschen Delegation.)

Bei der Wahl Subsegrafs und Stimmens zum Sekretär des Kongresses des Bureaus ernannten sich die deutschen Delegierten der Wahlkommission. Zouban erklärte sich mit seiner Wahl zum ersten Vizepräsidenten einverstanden. Zu Delegierten der verschiedenen Völkergruppen im Bureau wurden gewählt für Nordamerika: Samuel Compens für Mittel- und Südamerika: Maronix-Mexico für England und seine Kolonien: William für Belgien, Frankreich und Luxemburg; du Moulin für Italien, Spanien und Portugal; Caballero.

Begien erklärte Huerbe, daß unter den augenblicklichen Verhältnissen auf dem Kongress die beiden Delegationen die Beschäftigung darüber, ob sie einen Delegierten für das Bureau ernennen, dies nach der Tagung der Delegationen in Begien und Wien beschließen wollen.

Hierauf wurde die von der 2. Kommission unterbreitete Resolution diskutiert. In dieser Resolution wird zum Ausdruck gebracht, daß der Internationale Gewerkschaftskongress in Antwerpen die Paragrafen des Arbeitsgesetzes, die in den Friedensvertrag aufgenommen wurden, nicht als Ausdruck der Forderungen der Arbeiterklasse aller Länder anerkennen könne. In einzelnen werden die Unterschiede, die zwischen den Paragrafen des Arbeitsgesetzes in Friedensverträge und dem von den Internationalen Gewerkschafts-Organisationen gebilligten Berner Programm vom Februar 1919 bestehen, dargelegt. Diese Unterschiede betreffen:

- 1. Die Arbeit von Kindern und Jugendlichen.
2. Frauenarbeit. Hierbei wird bemerkt, die Tatsache, daß diese Frauen mit dem Internationalen Kongress in

Washington vorgelegt werden soll, beweist, daß das Berner Programm nicht beachtet worden ist.

- 3. Die Abschließung der wöchentlichen ununterbrochenen Ruhezeit von mindestens 32 Stunden auf 24 Stunden im Friedensvertrag.
5. Heimindustrie.
6. Das Vereinsrecht.
7. Arbeit von Ausländern, wobei bemerkt wird, daß der Friedensvertrag über die von der Berner Konferenz geforderte Aufhebung der Einwanderung verbietenden Bestimmungen schweigt.

Deutschland und die Heimkehr der Gefangenen.

Berlin, 2. August. (Eig. Drahtnachricht.) In der gestrigen Sitzung des Obersten Ausschusses der Wiederaufbaukommission, in der auf interalliiertem Wege Minister Loucheur den Vorsitz führte, nahm der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Frankreich Freiherr v. Berner Gelegenheit, die Entente-Regierungen nochmals zu bitten, endlich die Frage der Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen in Angriff zu nehmen. Minister Loucheur versprach, dem Ministerpräsidenten Clemenceau umgehend von dem Entschluß des Präsidiums der deutschen Friedensdelegation Kenntnis zu geben.

Lieferung von Erz aus Frankreich.

Berlin, 2. August. (Eig. Drahtnachricht.) Gestern fand eine Besprechung zwischen den deutschen Bevollmächtigten für die Ausführung der wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages einerseits, sowie dem französischen Minister Loucheur und dem französischen Sachverständigen andererseits über die Frage der Lieferung von Mangan und Erz aus Bolivien und Frankreich nach Deutschland statt. Die Frage der künftigen Lieferung von Mangan wird von der mächtigsten Steigerung unserer Kohlenförderung abhängig sein. Solange es unsere Kohlenförderung auf einen höheren Stand zu bringen, so dürfte nach der Auffassung der deutschen Bevollmächtigten damit zu rechnen sein, daß eine Unterbrechung in der Manganlieferung nicht eintreten und sich eine Verständigung mit Frankreich bezüglich der Lieferung von Mangan für eine weitere Zukunft erzielen läßt.

Französisches Todesurteil.

WTB. Mainz, 2. Aug. Das hiesige französische Kriegsgericht hat den 23jährigen Sumpfgüter Heinrich Hamann aus Gohelstein zum Tode verurteilt, weil er bei einem Zusammenstoß zwischen Sumpfgüter und französischen Besatzungstruppen auf die Franzosen scharfe Schüsse abgegeben haben soll. In seinem Befehl wurde ein Revolver vorgefunden, doch bestreitet Hamann, damit beschossen zu haben.

Die neue Regierung in Budapest.

Einsetzung des rumänischen Vormarsches. Frankfurt a. M., 2. August. (Eig. Drahtnachricht.) Die Frankfurter Zeitung meldet über Wien aus Budapest: Nach dem Austritt der ungarischen Sowjetregierung trat in Budapest um 5 Uhr nachmittags der erste Ministertrat an, um zunächst eine in französischer Sprache abgefaßte Rundgebung an alle Nationen zu beschließen. Das Privattelegramm wurde wieder hergestellt. In dem Manifest wurde dem Wunsch nach Frieden mit allen Nationen Ausdruck gegeben. In der Stadt herrscht Ruhe. Die erste wichtige Aufgabe der neuen Regierung ist es, den Vormarsch der rumänischen Truppen zum Stehen zu bringen. Die große Gefahr besteht, daß sie bereits heute Abend in Budapest einrücken. Welcher hat sich nach Wien begeben, um bei der Entente vorstellig zu werden, daß sie der rumänischen Armee die Wegung erteilt, jetzt, wo in Ungarn eine Regierung eingesetzt worden sei, die die Wünsche der Nation zu betriebligen in der Lage ist, den Vormarsch einzustellen. Wie veranlagt, haben die Rumänen auf den Befehl der Entente gestern nachmittag 4 Uhr ihren Vormarsch gegen Budapest eingestellt.

Lahmgelegter Verkehr in Basel.

WTB. Basel, 2. Aug. (Eigene Drahtnachricht.) Der Generalstreik hat das gesamte Verkehrsnetz lahmgelegt. Die Zeitungen erscheinen nicht. Die deutsch-schweizerische Grenze ist bei Bözberg für den allgemeinen Verkehr gesperrt. Bei den blutigen Zusammenstößen mit dem Militär wurden vier Personen getötet und eine große Zahl verletzt. Die Lage hat sich weitaus verschärft. In Zürich hat der Generalstreik heute begonnen und man befürchtet eine Ausdehnung auf die ganze Schweiz.

Alle Kriegsgefangenen bis 1. Oktober zurück!

Zürich, 2. Aug. (Eig. Drahtnachricht.) Der Vertreter der 'Neuen Zürcher Zeitung' berichtet seinem Blatte, daß bis zum 1. Oktober der Rücktransport sämtlicher Kriegsgefangener aus allen Verbandsstaaten beendet wäre.

WTB. Berlin, 1. August. Nach dem 'Bot.-Bl.' sind die ersten deutschen Kriegsgefangenen aus französischen Lagern, 198 Mann, darunter acht Offiziere, im Lagerzug von Konstanz kommend, in Basel eingetroffen.

Nach dem Parteitage.

Die Kulturfragen.

Von Dr. Walter Schreiber (Halle). Mitglied der Preussischen Landesversammlung. III.

Die hohe Bedeutung der Kulturfragen für unsere gesamte nationale Entwicklung kann nicht besser dargestellt werden, als es durch das vorzeitige Referat Friedrich Naumanns auf dem Parteitage geschah. Es darf nicht sein, daß der Rückgang unserer Wirtschaft, die Verarmung des deutschen Volkes an materiellen Gütern, die eine der schmerzlichen Folgen dieses unglücklichen Krieges sein wird, eine Verarmung auch an kulturellen Gütern, eine Hemmung der sittlichen Entwicklung unseres Volkes nach sich zieht. Es wird eine der dringendsten und leider wohl die schwierigste Aufgabe der Zukunft sein, die sittliche und moralische Verbesserung der Nation zu betreiben, die Krieg und Kriegswirtschaft in einem Teile unseres Volkes herbeigeführt haben, zu heilen und an Stelle der durch die Revolution verursachten Neigung zu Eigenmächtigkeit und gewalttätigen Übergriffen und an Stelle der in weiten Kreisen lebenden Arbeitslosigkeit das Gefühl für Rechtssittigkeit und Verantwortung wieder herzustellen.

Wie es die Aufgabe der Sozialpolitik ist, die verschiedenen Berufsgruppen des Volkes zu einer fruchtbar mit einander arbeitenden Wirtschaftsgemeinschaft zusammenzuführen, so ist es die hohe Aufgabe der Kulturpolitik, alle deutschen Stämme, alle Deutschen zu einer unzerrenlichen Volksgemeinschaft zusammenzuschweißen. Eine deutsche Kultur gilt es aufzubauen, die nicht diejenige einzelner Stämme, Klassen oder Konfessionen ist, sondern eine solche, die wuzgehindert in gesundem Volkstum und Heimatempsfinden, unter Zurückstellung aller bisherigen Trennungen alle Deutschen auf dem Boden der Würdlichkeit vereint.

Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß die Kulturpolitik nicht wie bisher Sache der Einzelstaaten bleiben darf, sondern daß das Reich ihre einheitliche Führung gewährleisten muß. Mit ernster Sorge erfüllt es daher den Parteitag, daß Zentrum und Sozialdemokratie mit ihrem Schlußprogramm am Werke sind, die notwendige Einheitlichkeit der deutschen Kultur in Atome zu zerlegen. Wie kann noch von einer Volksgemeinschaft und einer einheitlichen Kulturentwicklung die Rede sein, wenn in jeder kleinen Gemeinde evangelische, katholische, jüdische, interkonfessionelle, weltliche und, was wohl ist, sonst noch für Schulsysteme neben einander bestehen! Das hiesige die Schulgemeinschaft der Jugend gereizten, die Kinder auf ganz bestimmte Weltanschauungen festlegen und ihnen das sie Trennende täglich aus Neuen vor Augen führen. Das hiesige aber auch eine Wahn besetzt, die letzten Endes dazu führen müßte, schon die Kinder auf den Parteitagspunkt ihrer Eltern einzustellen und die Schulen nach und nach zu Parteiantennen herabzuwürdigen.

Dieses Schlußprogramm, bei dem die Sozialdemokratie zum Schaden unseres Volkes dem Nachspruch des Zentrums vollkommen erlegen ist, mußte den scharfsten Widerspruch der deutschen Demokraten herausfordern. Es ist lächerlich zu sagen, diese selbst seien an dem Kompromiß schuld, weil sie aus der Regierung ausgetreten seien. Eine derartige Entschuldigend der Sozialisten zeigt nur deren rückwärtsgewandte Haltung gegenüber dem sehr viel gewandteren Zentrum. Die Sozialisten hätten ja, wenn sie sich ohne die Demokratie keine verlässliche Politik zu machen verheßen, nicht eine solche treiben sollen, die diese zum Austritt aus der Regierung und umliehen, sondern Sozialdemokratie und Zentrum. Im übrigen bleibt zu hoffen, daß der energische Widerspruch der einflussreichen Kulturminister und der deutschen demokratischen Partei das Schlußprogramm noch in letzter Stunde zu umgestalten, daß es für das deutsche Volk erträglich wird.

Es bedauerlich bleibt es in jedem Falle, daß das Zentrum die Not unseres Vaterlandes zu durch die Durchsetzung seiner konfessionellen Wünsche nutzlos ausnützt. Nicht genug damit, daß es die beiden Konfessionen gemeinsame Simultankulte zu Falle bringt, bereitet es beständig in Ober- und am Rhein die Lösung weiterer Anteile von Preußen mit seinem anderen Ziele, als dort Staaten mit katholischen Wechseltönen ins Leben zu rufen und in diesen konfessionell und parteipolitisch zu herrschen. Das alles wird freilich unter dem Vorwange betrieben, daß nur so die Stimmung der dortigen Bewohner für Deutschland erhalten oder gewonnen werden könnte. Das wird inoffen niemand überzeugen. Die Macht und der Einfluß der katholischen Gesellschaft ist so groß, daß sie auf ohne solche Schritte mit Erfolg für das Deutschtum wirken könnten, wenn sie nur geneigt wäre, wie wir anderen die nationalen Interessen über die eigenen der Konfession zu stellen.

Wenn wir die Spaltung des Volkes in Konfessionen nicht wünschen, so ist es selbstverständlich, daß wir die Aufrechterhaltung der alten Klassenunterschiede, die durch unser bisheriges Schulsystem begünstigt wurde, noch viel weniger

women. **Was gegenüber jeder deutsche Bürger gleich;** daraus folgt, daß es im neuen Staat keine Standesunterschiede geben kann. Nicht der Geldbeutel der Eltern darf für den entscheidenden Faktor bei der Unterrichts- und Berufsbildung eines Kindes und den Besuch einer Schule, sondern seine Begabung und seine Anlagen. Wir fordern daher die nationale Einheitschule mit Schulgeld- und Lernmittelfreiheit.

Eine der ersten Schulpolitischen Maßnahmen der neuen Regierung in Preußen mußte es sein, den langjährigen Wunsch der gesamten Lehrerschaft und aller freischulischen Kreise nach Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht zu erfüllen. Die Deutsche demokratische Partei hat das Ihre zur Erreichung dieses Zieles beigetragen. Es darf kein Zweifel darüber bestehen, daß die deutsche Schule nicht eine Dienerin der Kirche ist, wie das noch häufig in der Landesversammlung ein Zentrumsgliederer zum Schreden seiner gegnerischen Parteifreunde offen verlangte, sondern eine selbständig ihren erzieherischen Aufgaben dienende Staatsanstalt. Daraus folgt auch, daß die bisherige Bevorgung der Schulpflichtigen in den Schuldeputationen und Schulvorständen aufzuheben muß. Der Geistliche wird in Zukunft nicht trotz Gesetzes diesen Verwaltungskörper angehören, sondern er wird wie jeder andere Bürger zu deren Mitglied gehören werden können.

Die viel umstrittene Frage der Schulleitung hat die Deutsche demokratische Partei dahin entschieden, daß sie sich grundsätzlich zur kollegialen Schulleitung bekennt und daß sie ein Schulaufsichtsrat des Schulleiters neben demjenigen des Kreisbildungsleiters nicht anerkennt. Der Schulleiter ist auf Zeit nach den Vorschlägen des Kollegiums und des Bezirkslehrerrates bzw. der Provinzialoberlehrerkammer von der Aufsichtsbehörde zu bestellen. Jeder Lehrer kann ohne besondere Prüfung zum Schulleiter bestellt werden. Dabei ist es eine ganz selbstverständliche Forderung der Gerechtigkeit, daß die Anstellungsverhältnisse der bisherigen Schulleiter durch diese Strukturregelung nicht berührt werden.

Mit den Kulturfragen hängt aufs engste die Kirchenfrage zusammen. Da die Deutsche demokratische Partei auf dem Standpunkt der Trennung von Kirche und Staat steht, so hat der Parteitag seinen Zweifel daran gelassen, daß er jederzeit bereit ist, die oberste Kirchengewalt aus den Händen der drei Minister, die sie gegenwärtig inne haben, in diejenigen der obersten Kirchengewalt zu legen, sobald die demokratische Grundlage der Kirchenverwaltung gesichert wäre. Da der Staat den Kirchen vor allen anderen Körperschaften ein Vorkaufsrecht einzuräumen bereit ist, ihnen vor allen ein Beiratsrecht einzuräumen bereit ist, so ist dieser Vorbehalt vollumfänglich beseitigt. Die evangelische Landeskirche der auf Grund reaktionärer Zwecke herrschenden Orthodoxie auszuscheiden, würde auch gegen die Verpflichtungen verstoßen, die die Deutsche demokratische Partei gegenüber dem freischheitlichen Volke übernommen hat.

Auch Scheidemann entfällt.

Unter der Überschrift „Aus fröhlichen Tagen“ veröffentlicht Philipp Scheidemann im „Vorwärts“ auszugewählte Reden, die, wie er meint, zur Beleuchtung der Situation im Juli und August 1917 mancherlei beitragen dürften. U. a. befindet sich in diesen Reden auch Äußerungen des Staatssekretärs von Rühlmann, der am 9. September 1917 sich Scheidemann gegenüber sehr zuverlässig dahin ausdrückte, daß in drei oder vier Wochen Verhandlungen zwischen England und Deutschland über die belgische Frage im Gange sind. Als Scheidemann später Herrn von Rühlmann an dieser Erklärung erinnerte und nach den englischen Verhandlungen fragte, sagte der Staatssekretär die Äußerung:

„Französische Rechtspflege“ in der Pfalz.

Das Militärgericht in Speyer hat am 25. Juni 1919 gegen den Hauptleutnant Siegenmüller, Gemeindeführer an der dortigen Bismarckkaserne, die ungewöhnliche Strafe von drei Monaten Gefängnis und 1000 Franken Geldbuße ausgesprochen mit der Begründung, er habe seine Schützlinge nicht verhindert, an einer feindseligen Kundgebung gegen das französische Heer. Der Sachverhalt ist nach der „Bayerischen Lehrzeitung“ im kurzen folgenden:

Hauptleutnant Siegenmüller hatte in einer öffentlichen Gefangenschaft unter einer Reihe von Liebern auch das lebensplanmäßig vorgegebene Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ wiederholen lassen, und zwar in einem Räume, dessen Fenster nach dem Hofe und einer Gasse lagen. Der Lehrer hatte sich jeden Hinweis auf die Zeitverhältnisse entfallen lassen. Die Angehörigen der Gefangenschaft, die gar keine Zeitung lesen und von der Außenwelt so gut wie abgeschnitten sind, ist der Verdacht der Unzufriedenheit zu einer feindseligen Kundgebung von vornherein abzuwehren. Trotzdem hat das französische Militärgericht die Wiederholung eines vorangegangenen unterirdischen Liedes in der Gefangenschaft umgehoben zu einer verbotenen öffentlichen Kundgebung auf der Straße, weil der Gesang auf der Straße hörbar gewesen sei. Der Lehrer, der in unerhöhrter Ausübung seines Amtes durchaus einwandfrei handelte, ist ein Opfer seines Berufes geworden. Das Urteil ist, wie so viele andere gleicher Art, eine offensichtliche Verletzung des Hoheren Lehrens, das bekanntlich die Vermittlung eines befehligen Landes nach seinen eigenen Gesetzen vorzieht.

Der reichstreuere Lehren und Beamten im befehligen Gebiet haben schwere Tage bevor. Wir hoffen aber, daß auch heute noch Geschickliche und ähnliche Requisiten im Reichsteil die gleiche Wirkung auslösen wie früher. Dann könnten sie auch im reichstreuere Lehren und Beamten heilfam sein.

Bedeutende Geldhebungen.

von Deutschland nach dem Saargebiet werden gegenwärtig vorgenommen. Die Geldheben werden, doch das Saargebiet nach der Ratifikation des Friedensvertrages eine Fremdwährung erhalten wird, während die deutsche Mark gegenüber dem Friedenslohn aufgelöst werden soll.

England und Belgien haben ratifiziert.

London, 1. Aug. Reuters meldet: Im Oberhaus wurde gestern Abend die Zustimmung des Reichstages zur Vorlage über den englisch-französischen Vertrag und der Friedensvertragsvorlage bekannt gegeben, wodurch beide Vorlagen Gesetz werden.

Damit ist die endgültige Ratifizierung durch England vollzogen.

Verailles, 1. Aug. Die belgische Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten hat gestern den Friedensvertrag ratifiziert.

Präsident Clemenceau?

Ministerpräsident Clemenceau beschäftigt nach den französischen Kammerwahlen im Oktober endgültig zurückzutreten. Als sein Nachfolger kommt in erster Linie Briand in Betracht.

Aus Paris wird gemeldet, daß man in politischen Kreisen der Ansicht ist, Clemenceau werde nach dem im Februar n. l. erfolgenden Rücktritt Briand als zum Präsidenten von Frankreich gewählt werden. Als Gegenkandidat käme nur der Kammerpräsident Deschamps in Frage.

Polen lehnt den russischen Schuldanteil ab.

„Corriere della Sera“ meldet auf Grund zuverlässiger Informationen, in Polen stühe die Ratifizierung des Friedensvertrages auf starken Widerstand. Die den Polen auferlegte russische Schuldquote und die Internationalisierung der Weichsel bezeuge heftiger Opposition. Soll uns nur wundern, wenn die Feinde nicht auch nach diese Schuldquote uns Deutschen aufgaben werden!

Die Neger fordern Gleichberechtigung.

Die Negerbewegung in Nordamerika hat einen ersten Charakter angenommen. 200 000 bis 300 000 Neger haben im Zuge unter der Fahne, zum Teil in Frankreich gebildet. Dort wurden sie von den Franzosen vielfach als gleichgestellt behandelt. Sie seien, wie man ihnen erzählte, für die Weichsel in den Kampf gezogen und zu fordern nun nach ihrer Rückkehr im Sinne einer wirklichen Demokratie bürgerliche Gleichberechtigung für sich und ihre Nachkommen.

Man fürchtet in nordamerikanischen politischen Kreisen ernsthaft, daß die Negerbewegung des Landes, die im ganzen etwa 12 Millionen Köpfe zählt, mit den Sozialisten gemeinsame Sache machen könnten.

Deutsches Reich.

Verband reisender Kaufleute.

Mim, 1. Aug. Die heute hier tagende Generatorenversammlung des Verbandes reisender Kaufleute Deutschlands beschloß nachfolgendes Programm:

Die 33. Generatorenversammlung des Verbandes reisender Kaufleute Deutschlands, die der Vertreter aller deutschen Gauen in Am vereinigt sind, erklärt, daß die reisenden Kaufleute ihre ganze Kraft für den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft einsetzen werden. Sie wollen und werden Deutschlands Handel nicht vernichten lassen, im friedlichen Wettbewerb mit den anderen Völkern werden sie ihm dienen und dabei für den Gedanken des Völkerverbundes im Sinne des Entwurfes der deutschen Reichsverfassung eintreten. Nur ein wahrer Bund der Völker kann dem geistigen und vor allem Dingen auch dem materiellen Fortschritt der Menschheit dienen.

Die deutschen reisenden Kaufleute treten dafür ein, daß die freie Entwicklungsfähigkeit des Einzelnen weder in Handel und Industrie, noch in Gewerbe und Landwirtschaft gehemmt werden darf; wenn sie deswegen alle Maßnahmen, die die Entfaltung der persönlichen Kräfte verhindern, beseitigen, so werden sie doch nicht, daß alle Wirtschaft in Zukunft von dem Gedanken des Gemeinwohls und der sozialen Gerechtigkeit unbedingt beherrscht sein muß. Sie fordern, daß der reisende Kaufmann, als Premier des Handels, mehr bisher als Sonderprivilegien zu Rate gezogen wird bei der Förderung unseres Handels, auch bei Fragen, die die Beziehungen zum Ausland betreffen. Bei der Ausgestaltung des wirtschaftlichen Reichsdienendes, bei der Erneuerung von Handelsverbindungen und auch im Beitrag des Auswärtigen Amtes. Bei der Einführung der Betriebsräte müssen die reisenden Kaufleute verlangen, daß die Angehörigen aller Berufsstände wählen dürfen, und daß nicht nur die Kaufleute, sondern auch die Handelsvertreter zugelassen werden, die durch ihre Tätigkeit mit den Betrieben ebenso wie die Angehörigen aus engster Verbindung sind.

Die Mitarbeit aller Volksschichten bei den Wiederaufbau unserer Wirtschaft, wie die Schaffung ausreichender Erwerbsmöglichkeiten können allein die Grundlage nicht nur für die Geltung unserer Wirtschaft, sondern für unser ganzes Volksleben geben.

Streikfall im Oberlohn.

Strasbourg, 2. Aug. (Eig. Drahtnachricht.) In den Spinnereien und Webereien des Oberlohn sind wieder neue Lohnbewegungen ausgebrochen. Die Fabrikleitungen drohen mit einer allgemeinen Arbeiterentlassung, da die Arbeitsaufträge ungenügend seien. Auf einigen oberlohnischen Bergwerken sind die Arbeiter ebenfalls ausständig. Außerdem sind die Arbeiter von vier Kalibergwerken, ca. 1100 Mann, in den Streik getreten. Ein allgemeiner Ausbruch in der oberlohnischen Kalindustrie erscheint heute unwahrscheinlich.

Der Entwurf

über die Sozialisierung der Elektrowirtschaft ist der Nationalversammlung gestern vorgegangen. Der Entwurf zum Staatsgerichtshof ging dem Verfassungsausschuss zu. Dieser bestimmte zum Meineren den Sozialdemokraten Windheimer, zum Korreferenten den Deutschnationalen Wurm, als je einen Vertreter der entgegengesetzten Anschauungen.

Ausland.

Wilson Audreise in Nordamerika.

WTB. Amsterdam, 2. August. Dem Pressebüro Radio wird aus Washington gemeldet, daß die Rundreise Wilsons in den Vereinigten Staaten 12 Tage dauern wird. Der Präsident, der gegen den 15. August seine Reise zu beginnen gedenkt, wird im Verlaufe der Reise 32 Reden halten.

Belgisch-amerikanischer Polizeistreik in London.

WTB. Amsterdam, 2. August. „News“ von den Tag“ meldet aus London, daß der Streik der Polizisten ein Abschlag war. Er dauerte bis 6 Uhr morgens. Von 5000 Polizisten, die in der Nacht Dienst hatten,

verließen nur 311 ihren Posten. Alle Polizisten, die gestreikt haben, werden entlassen.

Die rote Armee in Auflösung.

Saag, 2. Aug. (Eig. Drahtnachricht.) Eine Reutersmeldung bringt die Nachricht, daß an der rumänischen Front die rote Armee in völliger Auflösung begriffen ist. Der rumänische Heeresbericht der letzten drei Tage erwähnt mehr als 4000 Gefangene.

Aus der demokratischen Bewegung.

Jörgis, 2. Aug. In Jörgis hielt der Demokratische Verein gestern Abend eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab, in der Herr Generalsekretär Dr. Nordhüt sprach. Nebenher ging unter Schilderung der militärischen und politischen Situation 1917 auf die letzten politischen Entschlüsse ein und verurteilte insbesondere das hinterhältige Spiel des Känglers Michels und die alldeutschen Freiwörter, die durch die Vaterlandspartei die innere und äußere Vertiefung auf die Spitze getrieben hätten. Scherf verurteilte müsse aber das Verhalten Erbergers werden, der trotz genauer Kenntnis von allen Vorgängen bisher geschwiegen habe. Das ganze System hätte die Stabilität der bisherigen Geheimdiplomatie auf das starke erwiehen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen betraufte Nebenher wirtschaftliche Fragen und einige der vorliegenden Steuerfragen, wo jedoch im Schlußwort einen warmen Ruf zur Organisation in der Demokratischen Partei an die Anwesenden zu richten. Die Versammlung nahm die Ausführungen mit starkem Beifall entgegen.

Halle und Umgegend.

Halle den 2. August 1919.

Wohlfahrts-Gesellschaft in Elm. Wie uns mitgeteilt wird, sind heute die ersten Waggons Rohmaterialien für die belgische Katastrophe und Schokoladenfabrik David Söhne u. Co. eingetroffen. Die Firma kann also nach langer Pause in aller Kürze Rohmaterialien und Rohmaterialien in den Handel bringen. Die Preise werden voraussichtlich wesentlich niedriger sein als die der ausländischen Fabrikate, die sich jetzt im Handel befinden. Voraussetzung ist natürlich, daß unsere Rohmaterialien nicht noch tiefer sinken.

Neue Heime der Deutschen Gesellschaft für Kaufmanns-Verkaufsgüter (Kaufmanns-Verband und Industrie, G. H. Wiesbaden). Genannter Verein wird am 1. August d. J. in Wiesbaden das altbekannte Hotel und Bäderhaus „Admiral Hof“ übernehmen, um es vor allem den Teilnehmern der im Jahre eingeleiteten Preisverfahren zur Verfügung zu stellen. Das Bäderhaus wird dem Verein überlassen, während der im Jahre eingeleiteten Preisverfahren das Hotel und Bäderhaus dem Verein überlassen wird. Die Mitglieder der Gesellschaft sind eingeladen, sich an der Oeffnung mit zu beteiligen. Ein weiteres Heim hat die Gesellschaft in diesem Jahre in Heiligenstadt am 1. August eröffnet. Wie sie in diesem Zweck ein großes, gut eingerichtetes Hotel angekauft hat. Angekauft betreibt die Gesellschaft in diesem Jahre neun Heime.

Der Verband der Kaufmanns-Verkaufsgüter (Kaufmanns-Verband und Industrie) veranstaltet am Donnerstag, den 7. August abends 7½ Uhr in der Saalhofstraße ein „Schlichtungsfest“, das die größte Bedeutung verdient. Ausführende sind: Die Männer der Arbeiterpartei (Leitung: Herr Liebermeister S. Schulze), der Konföderation der Arbeiterpartei (Leitung: Herr Liebermeister S. Schulze), die Konföderation der Arbeiterpartei (Leitung: Herr Liebermeister S. Schulze), die Konföderation der Arbeiterpartei (Leitung: Herr Liebermeister S. Schulze), die Konföderation der Arbeiterpartei (Leitung: Herr Liebermeister S. Schulze).

Der Preisvergleichs-Verein hat sich am 2. August in Halle aufgelöst. Die Gründe für jedes Wort betraf die gewöhnliche Telegramme 65 Bsp. Die Erhöhung gegenüber den Preisvergleichs-Verein ist hauptsächlich darin begründet, daß die Telegrammenabrechnung mit den fremden Verwaltungen nach Großbanken aufzustellen ist, während die Gebühren nach dem jetzigen niedrigen Tarif zu zahlen sind. Mit der Erhöhung des Preises werden auch die Gebühren entsprechend herabgesetzt. Zugelassen sind Telegramme in offener, in verarbeiteter und in abgesetzter Sprache. Wegen Zulassung des Preisvergleichs-Vereins mit weiteren Ländern über Großbritannien hinaus sind noch Verhandlungen im Gange.

Aus der französischen Besatzungszone (ausländische Elisabeth-Verbindungen) sind die Verbindungen nach dem unbedeutenden Deutschland sind gewöhnliche, eingeleitete und Wertpapier, auch dringende und Lebensnotwendige, bis zum Höchstmaß von 25 kg. ohne und mit Nachnahme bis zum allgemeinen zulässigen Höchstbetrag erlaubt. Die Pakete dürfen keine schriftlichen Mitteilungen enthalten. Für beschlossenen Pakete sind keine Erklärungen notwendig. Die Pakete dürfen nur bestimmte Waren enthalten. Im Übrigen ist ein fast uneingeschränkter Warenverkehr zugelassen. Um für den Übergangsstadium Störungen und Verzögerungen zu vermeiden, werden ausdrücklich Pakete vorerst nur in dringlichen Fällen zu versenden sein.

Ferner sind aus dem Preisvergleichsgebiet von Rehl nach dem unbedeutenden Deutschland Postsendungen bis zum Höchstmaß von 100 Mt. zugelassen.

Der Verein ehemaliger Stadtschulreifer Oberrealschüler zu Halle veranstaltete nach fünfjähriger Pause gestern ein Konzert im großen Saale des Hotel Kaiser Wilhelm. Der Verein, der langjährige Vereinsmitglieder, Herr Baumbach, begrüßte zunächst die in überaus zahlreicher Anzahl (300) erschienenen Teilnehmer und gedachte der Oberrealschule. Der schon 23 Jahre in diesem Amte befindliche Leiter der Anstalt, Herr Oberrealschulreifer Dr. Schöten, wies in freundschaftlichen Worten auf die harmonischen Beziehungen zwischen Schule und Verein hin und brachte ein Wort über den Verein und seinen Bestehen aus. Der gelaunzte Teil wurde eingeleitet durch heimische Lieder zur Laute, welche Hr. Götsch in trefflicher Weise zu begleiten brachte. Das Vereinsmitglied, Herr Kaufmann Tschäpe, erwiderte mit seinem wohlklingenden Bariton lobenswerte Teilnehmer durch den Vortrag einer Anzahl wertvoller Gesänge. Weitere Gesänge bot das Mitglied Herr Oberrealschulreifer Schärder durch eine Anzahl Restituten. Den Dank der Versammlung an die Künstler brachte der Vorsteher vom Musikklub, wobei er noch bekanntgab, daß das nächste Konzert der Halle des Vereins im Oktober gehalten werden soll.

Die Kaufmanns-Verkaufsgüter (Kaufmanns-Verband und Industrie) veranstalteten am 2. September ihre 12. Versammlung des Meineren in dem neuen Rathaus eine Entwürfs- und Modellierungsfest. Die Teilnahme ist für Künstler und Kaufmanns-Verkaufsgüter gebührenfrei, doch unterliegen die ausstellenden Künstler und Hersteller der Zahlung von Modellierungsgeldern. Die Ausstellung ist bis zum 15. August an dem Meineren in Meineren zu richten. Nähere Auskunft erteilt auf Wunsch der Besten des